

Dr. Isabel Z. Martínez

Senior Researcher KOF Konjunkturforschungsstelle, ETH Zurich

Ungleichheit in der Schweiz: Welche Rolle spielen die Vermögen?

Marco Gadola, Präsident der Statistisch Volkswirtschaftlichen Gesellschaft Basel (SVG Basel) begrüsst die zahlreich erschienen Gäste, die sich zum Referat von Isabel Z. Martínez in der Aula der Universität Basel eingefunden haben. Isabel Z. Martínez, die zum Thema «Ungleichheit in der Schweiz: Welche Rolle spielen die Vermögen» referiert, ist als Senior Researcher an der KOF Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich tätig. Ihre Forschungstätigkeit im Bereich Verteilung und öffentliche Finanzen umfasst Themen wie Einkommens- und Vermögensungleichheit, Vermögensverteilung, sowie Besteuerung. Isabel Z. Martínez studierte Volkswirtschaftslehre an der Universität Bern und promovierte an der Universität St. Gallen. Nebst ihrer Tätigkeit bei der KOF Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich ist sie Mitglied der Schweizerischen Wettbewerbskommission (WEKO). Die Referentin bedankt sich für die Einladung nach Basel und betritt das Podium.

Einleitend macht Isabel Z. Martínez auf die Relevanz des Themas Vermögensungleichheit in Politik und Forschung aufmerksam, wobei in der Ökonomie dabei insbesondere Vermögens- und Verteilungsfragen zentral sind und es letztendlich darum geht zu ergründen, wie knappe Ressourcen zu verteilen sind. Damit gehen vielfältige Fragen betreffend den Themen Arbeit vs. Kapital, Wachstum und Verteilung, Ungleichheit und deren mögliche Treiber, Armut und Umverteilung, sowie optimale Ausgestaltung von Systemen (u.a. Steuern, Renten, Bildungswesen) einher. Im Rahmen des Referates möchte Isabel Z. Martínez somit Antworten auf Fragen bezüglich der Rolle der Vermögen in der Schweiz geben. Dies umfasst die volkswirtschaftliche Bedeutung der Vermögen in der Schweiz, die Entwicklung der Topvermögen, Zusammenhänge zwischen Vermögens- und Einkommensverteilung sowie Armut in der Schweiz.

Die Bedeutung des Vermögens lässt sich als Wert der Privatvermögen in Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) messen. Die Referentin präsentiert eine Grafik (Verhältnis des nationalen Vermögens zum Nationaleinkommen für unterschiedliche Länder), wobei folgendes für die Schweiz auffällt: einerseits der Zeitraum 1920-2010, wo das Verhältnis sehr stabil ist und andererseits der Zeitraum ab 2010, wo das Verhältnis stark ansteigt. Für diese zwei unterschiedlichen Perioden gibt es einige Erklärungen. Die langfristige Stabilität seit 1920 lässt sich darauf zurückführen, dass die Schweiz keine Kriegspartei war, sich stets offene Kapitalmärkte bewahrte, sowie über eine konservative Fiskalpolitik verfügte. Für den rasanten Anstieg seit 2010 nennt die Referentin ein tiefes Pro-Kopf-Wachstum, lockere Geldpolitik, unüblich hohe Kapitalgewinne (sowohl auf den Finanzmärkten als auch bei Immobilien), und geht in diesem Zusammenhang auf die Frage ein, ob in der Schweiz die Gefahr einer Immobilienblase bestehe. Bei der Entwicklung der Topvermögen in der Schweiz sowie in anderen Ländern, verdeutlicht die Referentin die bestehende Ungleichheit, sowie den zu beobachtenden Anstieg, anhand einer Grafik, wo der Anteil der Reichsten Top 1 Prozent am Gesamtvermögen abgebildet ist (sowie der Anteil der Reichsten Top 0,01 Prozent). Den Zusammenhang zwischen Vermögens- und Einkommensverteilung zeigt die Referentin u.a. mithilfe einer passenden Matrixdarstellung, wo aufgezeigt wird, dass eine starke Konzentration in den Bereichen ganz oben und unten besteht, sowie mit einer Kurve, welche einen nicht proportionalen Anstieg zwischen Einkommen und Vermögen anzeigt. Bei der Frage zur Armut in der Schweiz verweist die Referentin u.a. darauf, dass gemäss Kennzahlen für das Jahr 2020 des Bundesamtes für Statistik (BFS), in der Schweiz 8,5 Prozent der Bevölkerung von Armut betroffen sind, wobei der Trend seit dem Jahr 2014 leicht steigend ist. Weiter haben 11 Prozent der Bevölkerung Schwierigkeiten, finanziell über die Runden zu kommen und weitere 20 Prozent sind nicht in der Lage, für unerwartete Ausgaben von 2'500 CHF innerhalb eines Monats aufzukommen.

Anschliessend thematisiert die Referentin anhand zweier unterschiedlicher Bereiche (funktionierende Demokratie sowie sozialer Zusammenhalt), warum Ungleichheit und extremer Reichtum eine Herausforderung darstellen können. Für den ersteren Bereich werden u.a. Gründe genannt wie etwa mangelnde Transparenz bei Parteienfinanzierungen, direkte Einflussnahme durch Wahlkampf oder Kampagnen, sowie indirekte Einflussnahme auf Meinungsbildung. Für den letzteren Bereich wird u.a. geringere oder gänzlich fehlende Partizipation marginalisierter Gruppen oder ein möglicher Nährboden für soziale Unruhen genannt.

Abschliessend erwähnt Isabel Z. Martínez, dass die Vermögen auch in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen würden, nur bereits schon aufgrund des demografischen Wandels. Gleichzeitig bestehe zunehmend ein Risiko für steigende Marktkonzentration. Isabel Z. Martínez verweist darauf, dass die Ungleichheit zukünftig nicht zurückgehen werde. Als mögliche Lösungsansätze nennt die Referentin die Einflussnahme anhand folgender drei Bereiche: Steuern (u.a. Besteuerung von Vermögen und Erbschaften), eine wettbewerbsfreundliche Regulierung (u.a. über das Kartellrecht sowie Schaffung von Transparenz bei der Parteienfinanzierung), sowie die Bewirkung von Verhaltensänderungen in der Gesellschaft (u.a. durch die Schaffung von Spar- und Investitionsanreizen für die Bevölkerung).

Verfasserin: Julia Jankovic, 24.10.2022, RealWWZ